

Beschluss des Landrats vom 09.02.2023

Nr. 2048

53. Genug ist genug! 2022/541; Protokoll: pw

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, der Regierungsrat nehme das Postulat entgegen und beantrage gleichzeitig die Abschreibung.

Béatrix von Sury d'Aspremont (Die Mitte) sagt, dass viele die Erhöhung der individuellen Prämienverbilligung als «Pflasterlipolitik» bezeichneten. Dies ist durchaus richtig. Aber für die betroffene Bevölkerung ist es vollkommen unwichtig, ob die Ursache der Kostensteigerung beseitigt wird oder ob es die individuelle Prämienverbilligung als Medikament zur Linderung der Auswirkungen des Prämienchocks gibt. Die Rednerin dankt dem Regierungsrat, dass er die Prämienverbilligung fürs Jahr 2023 erhöht hat, um die Ausgaben der Betroffenen zu entlasten – auch wenn natürlich weiterhin Handlungsbedarf besteht.

Das eine tun und das andere nicht lassen – darum geht es im zweiten Teil des Postulats. Prämienstopp heisst nicht nur, die Symptome zu bekämpfen, sondern dass sich der Regierungsrat im Rahmen der Gesundheitsdirektorenkonferenz aktiv einbringt, damit die Gesundheitskosten gesenkt werden können. Seit Jahren wird an der Gesundheitspolitik «herumgedoktert». Béatrix von Sury d'Aspremont scheint es, als liege der Patient unterdessen im Koma, und es ist unklar, ob er wieder zum Leben erweckt werden kann. Es gibt diverse Hebel, wo angesetzt werden kann. Dies ist unabhängig von der Kostenbremsungsinitiative und dem entsprechenden Gegenvorschlag möglich. Die Gesellschaft altert und eine gute Gesundheitsversorgung ist gewollt, aber die Kosten können trotzdem gedämpft werden; beispielweise mit der Senkung der Medikamentenpreise. Es ist nicht nachvollziehbar, dass zum Herstellungspreis ein Zuschlag von über 200 % kommt. Vorhin wurde über das Dialysezentrum gesprochen, das eröffnet werden soll. Darüber muss nachgedacht werden. Noch eine Klammerbemerkung bezüglich Medikamentenpreise: Weil die Produktion ausgelagert wird, stehen gewisse Medikamente in der Schweiz nicht mehr zur Verfügung; das darf nicht sein. Es muss endlich zu einer Einigung zwischen Spitälern, Ärzten und Kassen kommen. Und übrigens: Braucht es überhaupt so viele Krankenkassen, die ein Vermögen für Verwaltungskosten oder für Sponsoring ausgeben? Weshalb nicht einfach einen Prämienstopp verhängen, bis endlich Lösungen gefunden wurden? Die Prämien werden sonst weiter stark ansteigen und Bund und Kantone werden immer tiefer in die Tasche greifen müssen, um die individuelle Prämienverbilligung auszubauen. Das kann nicht sein. Béatrix von Sury d'Aspremont ist gegen eine Abschreibung.

://: Das Postulat wird stillschweigend überwiesen und mit 49:31 Stimmen abgeschrieben.
